



AfD Fraktion im Kreistag Rhein-Kreis Neuss, Moselstr. 5a, 41464 Neuss, Telefon 02131-512 5884

Haushaltsrede des Vorsitzenden der AfD Kreistagsfraktion
Dirk Kranefuss
zum Kreishaushalt 2021

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren!

A. Im Dezember stellte der Landrat den geplanten Haushalt 2021 vor, der dem Kreis in der schwierigen Pandemie-Zeit mit Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Stabilität geben soll.

Er nannte drei Zukunftsfelder:

Erstens: Strukturwandel und Arbeitsplätze. Zweitens: Digitalisierung. Drittens Klimaschutz.

Das Zukunftsfeld **Strukturwandel** ist überwiegend der Braunkohle geschuldet. Sie abzuschaffen, war ein Fehler. Denn damit ist dem Kreis die größte Einnahmequelle abhandengekommen. Das sollen jetzt neue Arbeitsplätze richten. Ob dabei die Arbeitsplätze im Rheinland-Klinikum hilfreich sind, ist angesichts der roten Zahlen eher fraglich.

Im Zukunftsfeld **Digitalisierung** wurden einige Projekte in Angriff genommen. Hier ist zu hoffen, dass damit die Gänge zu den Behörden und Ämtern verringert werden. Ebenso wichtig ist es, den Arbeitsaufwand in den Verwaltungen weiter zu verringern, wie es Holland und Estland bereits gut vorgemacht haben.

Klimaschutz hingegen ist kein Zukunftsfeld des Kreises, vor allem ist Klimaschutz teuer. Den weltweiten CO₂ Anstieg kann der Kreis Neuss sowieso nicht verhindern. Noch nicht einmal Deutschland, da es nur mit 2 Prozent zum menschengemachten CO₂-Ausstoß der Welt beiträgt und alle Menschen zusammen nur 4 Prozent der gesamten CO₂ Produktion der Erde verursachen.

Und trotz der Beschlüsse von Kyoto und Paris sind die CO₂ Werte weiter gestiegen, von 370 ppm im Jahr 1999 auf 400 ppm in 2015 auf 410 ppm in 2019. Und die ursprünglichen Reduzierungsziele sind längst aufgegeben worden. Jetzt spricht man nur noch von Klimaneutralität. Der CO₂ Ausstoß soll nur noch auf gleichem Niveau gehalten, aber nicht mehr gesenkt werden.

Und gerade bei der Kosten/Nutzen-Abwägung ist Augenmaß gefragt. Um die Wirtschaft des Kreises nicht zu beschädigen, mahnt Herr Steinmetz von der IHK: „Zielsetzungen wie lokale Klimaneutralität, die sich zum Großteil der lokalen Handlungskompetenz entziehen, sollten vermieden werden“.

Wir können ja noch nicht einmal verhindern, dass zur Zeit 600 Kohlekraftwerke in China gebaut werden. Und wenn die letzten deutschen AKWs verschwinden, müssen uns die Franzosen mit Strom aus ihren 58 Kernkraftwerken beliefern.

Da besteht die Gefahr, dass Deutschland in Richtung Agrarland geht, während China und Indien uns davonlaufen.

B. Zurück zum Haushalt

Gar nicht zufrieden mit dem Kreis-Haushalt 2021 sind die Bürgermeister des Kreises.

Sie sehen noch viele Entlastungspotentiale, nämlich

1,3 Mio. Euro bei Corona

1,5 Mio. Euro beim Personal

2,7 Mio. Euro bei der Unterkunft SGBII

2,8 Mio. Euro bei der Anschlussstelle Delrath

0,3 Mio. Euro bei den Geschäftsaufwendungen

0,9 Mio. Euro bei der Ausschüttung Sparkasse

3,9 Mio. Euro bei der Schulpauschale

5,5 Mio. Euro beim globalen Minderaufwand

insgesamt 18,9 Mio. Euro. Also schon eine ganze Menge Holz.

Kritisiert werden die Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGBII, zu hohe Kosten beim Personalaufwand, Prognose-Unsicherheiten beim Pflegewohngehalt, Unplausibilitäten bei der Anschluss-Stelle Dormagen- Delrath, nicht nachvollziehbare Zuwachsraten bei den Geschäftsaufwendungen, Nichterfassung von erwartbaren Sparkassen Ausschüttungen, fehlende Entlastungen bei der Schulpauschale und fehlende Berücksichtigung eines globalen Minderaufwandes.

Bei allen Punkten wird sogar noch Luft nach oben gesehen, in Summe bis zu 30 Mio. Euro.

Dabei sprechen die Bürgermeister noch nicht einmal von Sparen, sondern nur von Entlastungspotentialen. Überwiegend durch Korrekturen von Buchungsansätzen, Rückstellungen oder Verschiebungen. Und sie befürchten, dass es durch Corona zu noch mehr Mindereinnahmen kommt.

C. Fazit

Und wegen Corona haben wir diese Sorge auch: Die durch Corona verursachten Wirtschaftsschäden belaufen sich nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft im ersten Quartal dieses Jahres auf rund 50 Milliarden Euro. Allein die DEHOGA meldet für den letzten Monat einen Umsatzeinbruch von 78 Prozent.

Und da weist der vorgelegte Haushaltsentwurf keinerlei Abdeckung der Risiken von Corona auf. Die corona-bedingten Maßnahmen wurden gerade bis Mitte April verlängert, und eine Verlängerung ist so gut wie sicher. Denn die Bundesregierung macht die Verlängerung des Lockdowns nicht an der Zahl der Toten fest, die schon länger sinken, sondern ausschließlich an den Inzidenzen.

Und es ist fast sicher, dass Merkel die Lockdown-Maßnahmen bis zum Jahresende verlängert. Allein weil man mit dem Impfen nicht vorankommt, und die Wirksamkeit der Impfstoffe immer noch diskutiert wird, (da wundert man sich über die Grünen, dass sie keine genmanipulierten Pflanzen auf den Äckern dulden, wohl aber genmanipulierte Impfstoffe in menschlichen Körpern).

Darum muss Corona zwingend in den Haushalt eingepreist werden. Aus unserer Sicht sogar auf das Niveau von 2019, wo die Steuereinnahmen noch sprudelten.

Mit einem **vierten Zukunftsfeld** könnten die dafür notwendigen Kostensenkungen erzielt werden: Zum Beispiel mit der Zusammenlegung identischer Verwaltungstätigkeiten im Kreis. Beginnend mit den Buchhaltungs- und Personalangelegenheiten. Ungewöhnliche Zeiten machen neue Wege erforderlich.

Sei es wie es sei:

Ohne Berücksichtigung von Corona können wir dem jetzigen Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

24. März 2021